182
93

Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 19. April 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 663.

Staatsstreich Tschiang Kai Scheks

Systematische Unterdrückung der Radikalen / Chinas dritte Regierung
Die allgemeine Anarchie steigt

E. v. S. **Schanghai**, 18. April

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

Gestützt auf den inneren Sieg der Küstenprovinzen hat Tschiang Kai Schek in Nanking eine neue dritte Regierung Chinas gegründet. Die Politik des Generals gleicht immer mehr einem Staatsstreich. Er hat in den letzten Tagen die Nester der Kommunisten und Radikalen in Kiukiang, Nanking, Schanghai, Hangtschau, Amoy, Swatau bis herunter nach Kanton ausgeräumt. Das Durchgreifen in Swatau und Kanton geschah radikal. Tschiang verliert durch die Unterdrückung der Kommunisten und der radikalen Arbeiterorganisationen die fürchte Propagandawaffe und macht damit eine baldige Eroberung des Nordens durch die Kanton-Truppen unwahrscheinlich. Den Ausgang dieses Staatsstreiches voraussagen, ist vorläufig schwer. Ich sprach mit mehreren Führern der Kuomintang, man sieht im allgemeinen sehr besorgt in die Zukunft und ist der Ansicht, daß die allgemeine Anarchie steigt. Der Zerfall zwischen Gemäßigten und Radikalen ist nun vollzogen. Aber auch auf dem gemäßigten Flügel zeigen sich bereits Zerfallserscheinungen und es ist nicht unmöglich, daß sich Tschiang mit seinen Untergeneralen überwirft. Vorläufig noch bemüht sich der General mit robuster Strenge, die unruhigen Untergenerale in Schach zu halten. Man hofft hier in Schanghai, daß Tschiang eine Expedition nach dem radikalen Hankau unternehmen wird, wo der politische Sitz der Kanton-Partei ist, um die Radikalen zu unterwerfen. In diesem Falle würde das politische Büro wahrscheinlich nach Tschangtscha, der Hauptstadt von Hunan verlegt werden.

Tschiangs Politik hätte Aussicht auf Erfolg, und würde namentlich einen vernünftigen Ausgleich mit den Mächten bringen, den der General ernsthaft herbeiführen will, wenn seine Stellung nicht durch die Politik der Mächte so stark geschwächt würde. Eine Ausdehnung der Okkupationszone von Schanghai oder eine Yangtse-Expedition zwecks Wiedereroberung der englischen Niederlassungen von Hankau und Kiukiang, wie sie nach der Antwortnote der Kantonregierung befürchtet wird, würde die Stellung des Generals gefährden. Nur Amerika hat bisher den wörtlichen Text der Nanking-Note veröffentlicht. Deutlich erkennbar ist das englische Bemühen, die Note der Kanton-Regierung zu verschleiern, ohne den Wortlaut bekanntzugeben. London tadelt bisher nur ablehnende Kommentare. Tokio ist zurückhaltend, allerdings ist das japanische Kabinett gestern infolge innerer Schwierigkeiten zurückgetreten und das neue Kabinett wird wahrscheinlich von der Oppositions-Partei gebildet werden, so daß man die weitere Haltung Japans abwarten muß.

Die Haltung der Mächte steigert die Erregung in den Massen. Bereits der Text der Hankau-Note, der hier langsam durchsickert, schafft neue Erbitterung. Viele Provinzen melden Angriffe auf Fremde. In Hankau erreichte die Spannung ihren Höhepunkt. Es wurde dort der Versuch gemacht, die Fremden auszuhungern, worauf eine englisch-japanische Hilfsschiffaktion zum Entsatz eingesetzt werden mußte. 36 fremde Kriegsschiffe stehen alarmbereit. Die Yangtse-Schiffahrt ist durch nördliche, wie durch südliche Truppen bedroht. Kriegs- und Handelsschiffe wurden beschossen.

Tsching von Hankau abgesetzt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ab **Moskau**, 18. April

Einem direkten Telegramm aus Hankau zufolge, beschloß das dortige Zentralkomitee der Kuomintang unter Vorsitz von Wang Tsching Wei den Ausschluß Tsching Kai Tschets aus der Partei und die Entziehung des Oberkommandos.

Die Sanktionen der Mächte

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 18. April

Während die Marinekommandeure der fünf Mächte vor Schanghai einen Sanktionsplan ausarbeiteten, der vorsieht, daß die von den Kantonesen besetzten Städte am Yangtse einer scharfen Blockade unterworfen werden sollen und wobei auf englischer Seite mit der Möglichkeit der Wiederbesetzung der Konzession von Hankau gerechnet wird, falls die Kantonesen die Blockade mit Waffengewalt beantworten, haben die Gesandten der Mächte in Peking einstimmige Schlußfolgerungen an ihre Regierungen gesandt. Diese Schlußfolgerungen stellen fest, daß die Noten der Kantonregierung seitens aller Gesandten als unbefriedigend betrachtet werden und daß sie den Versuch darstellen, Zwietracht unter die Mächte zu säen, ferner, daß jede Garantie für die zukünftige Sicherheit der Fremden in China fehle und daß Tschen die gegen die Kantonregierung erhobenen Beschuldigungen durch „nebensächliche Einzelheiten" zu verwirren suche. Die Gesandten empfehlen als nächsten Schritt die Abfendung einer gemeinsamen Note mit befristeter Antwort und unter Androhung genau umschriebener Sanktionen. Dieser Vorschlag der Gesandten bildet zurzeit den Gegenstand eines lebhaften diplomatischen Meinungsaustausches zwischen den Hauptstädten der fünf am Nankinger Protest beteiligten Mächte.

Rücktritt des japanischen Kabinetts

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jpl **Tokio**, 18. April

Das japanische Kabinett ist infolge der Ablehnung des Bankunterstützungsantrages durch das Staatsratsplenum zurückgetreten. Der Auftrag zur Kabinettsbildung geht wahrscheinlich an die Seiyukai-Partei, obwohl diese Parlamentsminderheit ist.

Bis zur nächsten Parlamentssession im Januar 1928 dürften keine Schwierigkeiten entstehen, weil die Einberufung einer Sondersession nicht erforderlich ist.

Rheinlandkundgebung Stresemanns

Für Initiative der anderen Seite

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat dem Stadtanzeiger der „Kölnischen Zeitung" für seine Osterausgabe **einen längeren Artikel übersandt, in dem es nach einem Ueberblick über die politischen Geschehnisse der letzten Zeit im Ausland und in Deutschland u. a. heißt:**

„Auch in der Politik wechselt die Sonne mit unfreundlichen Regenschauern und mit Stürmen ... Es wäre das Beste für die Entwicklung der Verhältnisse der Welt, wenn in den Rheinlandfragen die Initiative freiwillig von der anderen Seite ergriffen und durchgeführt würde. Es ist nicht nur Deutschland, das ein Interesse am europäischen Frieden hat. Jeder seiner Verantwortung sich bewußte Staatsmann, jedes Volk muß wissen, was neue Verwirrungen in Europa bedeuten. Man hat Deutschland aufgerufen, an der Friedenssicherung mitzuarbeiten, damit läßt sich die **Aufrechterhaltung der fremden Besatzung auf deutschem Boden nicht vereinbaren.** Die letzten Monate haben uns vor Zwischenfällen bewahrt; aber niemand ist sicher davor, daß sie nicht eines Tages wiederkommen und Entwicklungen beeinflussen und hemmen, die von allen als segensreich empfunden werden, Entwicklungen nämlich in einem Zusammenwirken der europäischen Großmächte auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die die alleinige Garantie für die politische und wirtschaftliche Auferstehung Europas gibt, die ohne diese Grundlage nicht erfolgen wird."

Diese Osterkundgebung Stresemanns hat in der Pariser Presse zunächst nur wenig Beachtung gefunden. Die wenigen Kommentare der Blätter sind, so drahtet uns unser Pariser Redaktionsbüro, durchweg ziemlich unginstig, wobei Rechte und Linke durchaus einig gehen. So schreibt z. B. „Oeuvre":

Wie faßt Stresemann die Rheinlandfrage auf? Wir sind natürlich auch der Ansicht, daß sie gelöst werden muß. Aber" — und das hebt das „Oeuvre" durch besonderen Druck stark hervor — „nicht ohne Gegenleistung. Wir stehen augenblicklich im Rheinland, und wir wären unter gewissen Bedingungen zur Räumung bereit. Aber diese Bedingungen muß man uns vorschlagen. Der erste Schritt darf nicht immer von uns kommen. Stresemann braucht doch wohl daran nicht erinnert zu werden, daß auch wir genau dasselbe Bedürfnis wie Deutschland fühlen, Garantien und Sicherungen zu erhalten, zumal die Deutschnationalen jetzt auch in der Regierung sitzen."

Der „Temps" faßt die von Stresemann aufgerollten Probleme viel gründlicher auf. Er behauptet zunächst, daß die Erfolge Deutschlands mit seiner Friedenspolitik nur deshalb so groß gewesen seien, weil die Alliierten ihm allen Gefallen getan und Deutschland Zugeständnisse ohne ernsthafte Gegenleistungen gemacht hätten. Die Rheinlandräumung könne von den Alliierten nicht spontan vorgenommen, sondern nur für gültige gute Garantien zugestanden werden. In seinen Erklärungen vertrete Stresemann einen durchaus umgrenzten deutschen Standpunkt und wolle sich nicht zu einem höheren allgemein europäischen Gesichtspunkt aufschwingen. Es sei wirklich enttäuschend, zu sehen, welchen Mangel an Verständnis ihm die Realität der Dinge der Verhandlungspartner von Locarno und Thoiry zeige.

Für Deutschlands europäische Sendung

Demokratischer Reichsjugendtag / Hellpach gegen Coudenhove

g **Heidelberg**, 18. April

Sonderbericht der „Vossischen Zeitung"

Gegen tausend junge Demokraten und Demokratinnen waren in die alte Neckarstadt gekommen, um hier ihre schwarz-rot-goldenen Wimpel flattern zu lassen. Der Reichsjugendtag stand unter der außenpolitischen Problemstellung: für Deutschlands europäische Sendung und für die Einigung der europäischen Nationen.

Der Vorsitzende des Reichsbundes, Reichstagsabgeordneter Lemmer, eröffnete am Sonnabend, dem 16., die vorbereitende Sitzung des Reichsführerrats mit einem Bericht über die innerpolitische Lage, in dem er den hemmungslosen Machtwillen der Rechten kennzeichnete.

Am Sonnabend nachmittag fand die Tagung der Jungdemokratinnen statt, die sich mit den besonderen Aufgaben der demokratischen Jungmädchenbewegung beschäftigte. Else Reinhardt, Vorstandsmitglied des Reichsbundes, referierte über die Wege zur praktischen Betätigung der demokratischen Mädchen.

Abends trafen sich die Tagungsteilnehmer am Alten Schloßhof zur Begrüßungsfeier, an der viele Hunderte Heidelberger Bürger teilnahmen. Willi Müller, Willi Stahl und Hauptlehrer Hofheinz begrüßten die Freunde im Namen des Bundesvorstandes des Jungdemokratischen Landesverbandes Baden und der Heidelberger Partei, während Dr. Eckstein aus Wien die Grüße der österreichischen Brüder überbrachte.

Am Ostermontag fand vormittags im überfüllten Harmoniesaal unter zahlreichem Besuch der Einwohnerschaft eine gutgelungene Kundgebung für die Einigung der europäischen Nationen statt. Der Vorsitzende Lemmer dankte der Stadt Heidelberg für ihre Gastfreundschaft. Der zweite Bundesvorsitzende, Referendar Hellmuth Jäger, forderte ein geeinigtes Paneuropa im Sinne Graf Coudenhoves, das seinerseits wieder Glied eines föderalistischen Weltbundes der Kontinente sein müsse.

Im Anschluß daran sprach Staatspräsident a. D. Professor Dr. Hellpach über die realen Bedingtheiten und Möglichkeiten einer Einigung der Nationen. Europa hat sich, so führte er aus, in seinem begründeten Selbstbewußtsein selbst zu einem Erdteil ernannt, ohne es geographisch zu sein. In drei Dimensionen schreitet es zur Europäisierung der Welt, indem es einzigartig ist in der Extensität der größten Weite, in der Intensität der Konsequenz zur letzten Tiefe und im rasenden Tempo der Weltgeschichte. Imperialismus und Intoleranz sind die Auswirkungen dieses Strebens. Insbesondere ist die Uebersteigerung des Prinzips des Volkstums das Resultat seines letzten Werdens, wie es sich in der Sprachintoleranz

0220